



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

02.04.2025	Elbe-Jeetzel-Zeitung Online: Lässt sich ein Zwischenlager besser schützen als 16?	3
02.04.2025	energate Messenger: Unionspolitiker bringen Bundesgesellschaft für AKWs ins Spiel	5

Hoch radioaktiver Atommüll

Lässt sich ein Zwischenlager besser schützen als 16?

Landrat aus Bayern spricht erneut über Gorleben und will eine Diskussion anstoßen

Gorleben. Als Landrat im fernen Bayern schafft man es nicht oft, in der Lüchow-Dannenberg Politik zumindest am Rande erwähnt zu werden. Peter Dreier (Freie Wähler), Chef des Landkreises Landshut, hat nun in einem Interview des Bayerischen Rundfunks erneut über die Idee eines zentralen Atommüll-Zwischenlagers – und damit zielt er auf Gorleben ab – gesprochen. Erstmals war er damit im vorigen Jahr an die Öffentlichkeit gegangen.

Wunsch nach schnellerer Endlager suche

Zwei Gründe führt Dreier für seinen in niedersächsischen Ohren als provokant aufgenommenen Vorschlag an: Einerseits wolle er mit der Diskussion erreichen, dass die Suche nach einem Endlager schneller vorangeht. Die ist auf Jahrzehnte angelegt. Und andererseits verweist er auf neue Sicherheitsbedrohungen im Zuge des Ukraine-Kriegs. Ein Zwischenlager ließe sich möglicherweise besser schützen als alle 16 in Deutschland, so der Gedanke dahiner. Die Gesellschaft für Zwischenlagerung lässt das Gelände in Gorleben zwar gerade sicherheitstechnisch modernisieren, aber gut geschützt vor Gefahren aus der Luft sehen es hiesige Vertreter dennoch nicht.

Erscheinungstag:04.10.2024Kategorie:
Lüchow-DannenbergStandort: Gorleben Atommüll

Weiter Streit um Zwischenlager

Konflikt mit Bayern dauert an – auch ablaufende Zulassungen ein Thema für die BI

Castor-Transport fährt nach Bayern

Worauf Dreier im Interview nicht einging: Das Zwischenlager Gorleben hätte mit seinen noch 307 freien Stellplätzen für hoch radioaktiven Müll gar nicht die Kapazitäten, um die mehr als 1.000 anderswo lagernden Behälter aufzunehmen. Möglicherweise geht es ihm dabei auch nur um die derzeit 88 Castoren im Zwischenlager Isar. Dieses befindet sich im Landkreis Landshut und ist noch 13 Jahre länger als Gorleben genehmigt, nämlich bis 2047. Kurios mutet es da an, dass sich derzeit sieben weitere Castoren mit Atommüll auf dem Weg von der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield nach Bayern befinden – und nicht nach Gorleben.

Ebenso ließ der bayerische Landrat die Frage unbeantwortet, wie Transporte, die derzeit rechtlich sowieso ausgeschlossen sind, zu bezahlen wären. Die Castor-Transporte nach Gorleben kosten aufgrund der starken Proteste und dem damit einhergehenden hohen Sicherheitsbedarf zuletzt mehr als 30 Millionen Euro pro Fahrt. Weitere Atommüllfahrten sind nach aktueller Rechtslage ausgeschlossen, und die Betreiberin, die Gesellschaft für Zwischenlagerung, plant in der neuen Genehmigung für Gorleben wiederum nur mit 113 belegten Stellplätzen.

Erscheinungstag:29.01.2025Kategorie:
Lüchow-DannenbergStandort:
Hitzacker Atommüll in Gorleben

Längere Zwischenlagerung nur für vorhandene Castoren

BASE und BGZ informierten über Stand der Vorbereitungen für das Genehmigungsverfahren

Landrat sieht keine Zukunft für Atomkraft

Wer aber nun denkt, dass Dreier die Atomkraft wieder aktivieren will und lediglich Platz im Zwischenlager vor Ort braucht, sieht sich nach dem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk getäuscht. Der Zug bei der Atomkraft sei abgefahren, betonte der Landrat. Die Rückbaumaßnahmen seien so weit fortgeschritten, dass eine Wiederaufnahme der Kernkraftanlagen zu viel kosten würde. Außerdem fehle langsam das Fachpersonal für die nukleare Arbeit – ein Punkt, der auch in Lüchow-Dannenberg manchmal am Rande erwähnt wird.

BI vermisst Störfall-Szenario bei Umweltkartierung

Im Zuge der neu zu beantragenden Genehmigung für die verlängerte Lagerung von Atommüll in Gorleben kritisiert die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg die dafür notwendigen Kartierungsarbeiten der Umwelt als zu gering. Es scheine in der Welt der Betreiberin des Zwischenlagers, der Gesellschaft für Zwischenlagerung, "keinerlei Störfälle beim Betrieb eines Zwischenlagers zu geben", monieren die wendländischen Atomkraftgegner. Der für die Umweltuntersuchung vorgesehene Radius von 300 Metern um das Atomgelände herum sei viel zu gering. Fachleute hätten in einer Studie am Beispiel des baugleichen Zwischenlagers Ahaus in Nordrhein-Westfalen im Falle eines Drohnenangriffs Kontaminationen in bis zu fünf Kilometern Entfernung errechnet,

also deutlich mehr als das, was in Gorkleben untersucht werde. Allein bis 250 Meter vom Zwischenlager entfernt wären demnach tödliche Inhalationsdo-

sen möglich. „Es ist nun an der Zeit, dass sich die Geschäftsführung der BGZ zu dem sparsamen Kartierungsversuch

äußert“, fordert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Wörter: 613
Autor/-in: Jens Heymann
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN
Weblink: <https://www.ejz.de/lokales/laest-zwischenlager-besser-schuetzen-16-id418914.html>
1
von PMG gewichtet 02-2025

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD): 7.081¹

Unionspolitiker bringen Bundesgesellschaft für AKWs ins Spiel

Berlin (energate) - Wenn die Betreiber nicht wollen, soll der Staat möglicherweise die stillgelegten Atomkraftwerke wieder in Betrieb nehmen. Dies fordern Unionspolitiker in die laufenden Koalitionsverhandlungen rein. Einem Papier aus der Unionsfraktion zufolge, das energate vorliegt, soll eine neue Bundesregierung zeitnah bewerten und entscheiden, ob ein Wiederanfahren der zuletzt stillgelegten sechs Reaktoren in Deutschland technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll sei. Danach sollen die Betreiberunternehmen gefragt werden, welche Voraussetzungen für den Weiterbetrieb noch vorliegen und welche neu geschaffen werden müssen. Bundesgesellschaft als Neueigentümer? Eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenrunde soll laut Plan dann bis zum Juli 2025 eine Entscheidung über eine kurzfristige Wiederinbetriebnahme fällen. Dann müssten die Betreiberunternehmen sich hierzu positionieren. "Sollten sie nicht selbst die Verantwortung hierzu übernehmen wollen, soll geprüft werden, inwieweit dies durch eine Bundesgesellschaft als Neueigentümer dieser Anlagen verantwortet werden kann und welche Rolle die bisherigen Betreiberunternehmen hier bereit sind, zu übernehmen", heißt es in dem Papier.

Bis zu einer endgültigen Klärung solle der unwiederbringliche Rückbau der Anlagen möglichst durch eine freiwillige Vereinbarung mit den Betreiberunternehmen gestoppt werden, heißt es weiter. Auch CDU-Chef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) hatte ein Moratorium des aktuell laufenden Rückbaus der zuletzt abgeschalteten Atomkraftwerke ins Spiel gebracht. Die SPD hält hingegen am Atomausstieg fest. Betreiber immer ablehnender Der Konflikt zwischen den Koalitionären wird auch im Papier der zuständigen Arbeitsgruppe Klima und Energie deutlich: Die Union widmet der Kernenergie einen ganzen Absatz in dem Dokument. "Mit Blick auf die Klimaziele und die Versorgungssicherheit kann die Kernenergie eine bedeutende Rolle spielen", heißt es dazu in eckigen Klammern. Die Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke wollen CDU/CSU prüfen lassen. Die SPD lehnt das genauso ab wie die vormaligen Betreiber der Anlagen. "Wir wollen ganz klar zurückbauen und wir haben keine Lust auf Verzögerungen aus dem politischen Raum", hatte beispielsweise Eon-CEO Leonhard Birnbaum erklärt. Laut Preussen Elektra ist Isar 2 praktisch schon nicht mehr reaktivierbar. Ähnlich sieht es bei Neckarswestheim

2 aus, das von EnBW betrieben wurde. Hinzu kommt, das mit dem Atomgesetz die Betriebserlaubnis bestehender Meiler erloschen ist und Genehmigungen neuer AKWs nicht erlaubt sind. Entsprechende Gesetzesänderungen wären notwendig - ein langwieriger Prozess. Neue Zuständigkeiten Nichtsdestotrotz halten Teile der Union an der Kernenergie fest. Sie wollen auch die Kernfusion stärker fördern, möglicherweise ebenfalls mithilfe einer Bundesgesellschaft. Die Unionspolitiker schlagen laut Papier vor, die Zuständigkeiten für Kernenergie und Kernforschung neu zu sortieren. So solle das Bundeswirtschaftsministerium oder das neue Infrastrukturministerium die Verantwortlichkeit für die Aufgaben für die Zwischen- und Endlagerung und damit für die beiden Bundesgesellschaften BGE und BGZ übernehmen. Bislang ist das Bundesumweltministerium für das Thema Atommüll zuständig. Zwar soll laut Vorschlag die Atomaufsicht beim Bundesumweltministerium verbleiben, dennoch spricht ein solcher Zuschnitt nicht unbedingt dafür, dass das Thema Energie zukünftig beim Umweltministerium angesiedelt würde. / ck

Wörter: 449
 Medienkanal: ONLINE
 Mediengattung: Newsletter
 Medientyp: ONLINEMEDIEN

Jahrgang: 2025
 Ausgabe: Einzelausgabe